



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Auflösung des Abgeordnetenhauses.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

auf nationalem Boden gewachsen oder gar völlig germanischen Ursprungs sei. Wir werden daran um so mehr zweifeln, als wir wissen, daß wir im Norden auch auf andern Gebieten von Süden und Osten, als den früher cultivirten Theilen der alten Welt, mehr empfangen, als dahin abgegeben haben.

Die Auflösung des Abgeordnetenhauses.

Drei der deutschen Souveräne, welche zu Frankfurt versammelt waren, entzogen sich dem österreichischen Reformplan, weil sie die Idee eines nationalen Bundesstaates nicht opfern wollten: Baden, Weimar, Waldeck; drei andere, weil sie dem gegenwärtigen Preußen anhängen: Schwerin, Altenburg, Neuß j. L.; Lippe-Deilmold war ausgeblieben. Luxemburg (anwesend) und Holstein (nicht vertreten) folgen nicht deutscher Politik. Auch die Stimmen, welche den Reformplan annahmen, thaten es nur für so lange, bis die nichtanwesenden Souveräne denselben angenommen oder einen Gegenplan aufgestellt hätten.

Wie viel oder wenig eine solche bedingte und keineswegs klare Verpflichtung bedeutet, das wird davon abhängen, wie in Preußen sich die Dinge entwickeln. Ob die Annahme des Entwurfs sich als höfliche Form für Ablehnung erweist, ob sie für Oestreich eine Handhabe wird zu neuen Operationen, das vermag selbst von den hohen Unterzeichnern Niemand vorauszusagen. Die Gefahr ist verschoben, nicht beseitigt.

Allerdings ergab der Fürstentag für Oestreich nicht das glänzende Resultat, welches in der Begeisterung der Eröffnungstage von der großdeutschen Partei gehofft wurde. Unläugbar hat das Auftreten Oestreichs selbst dazu beigetragen. Denn während der Kaiser durch persönliche Courtoisie Alles that, sein Werk zu fördern, war in der sachlichen Behandlung der Geschäfte eine Hast, Schroffheit und ein imperatorisches Wesen fühlbar, welches sämmtliche Mitglieder der Conferenzen immer wieder ängstlich und mißtrauisch machte. Und diese Fehler Oestreichs sind uns zu Gute gekommen.

Ein ähnliches Doppelgesicht hat Preußen während der Verhandlungen gezeigt. Und sein Verhalten hat wieder den Plänen Oestreichs mehr Vorschub geleistet als alle Liebenswürdigkeit des Kaisers gegen Souveräne und Diplomaten vermochte, so viel Vorschub, daß selbst die drängenden Memorials des Herrn v. Rechberg zum Theil unschädlich gemacht wurden. Und es ist eine Thatsache, welche Freunden und Gegnern auf dem Congresse deutlich wurde, daß auch der zweifelhafte und ungenügende Erfolg des österreichischen Projects nur durch die Politik, welche Preußen seit dem 3. August beobachtet hat, möglich geworden ist. Hätte Preußen vom ersten Tage an dem Kaiser in Gastein fest erklärt, daß es diesen Congreß, so eingeleitet und zusammenberufen, für eine

schwere Verletzung der Würde Preußens erachte, und hätte Preußen nach dem Zusammentritt des Congresses gegenüber den Souveränen mit Festigkeit gegen alle Beschlüsse protestirt, welche daraus hervorgehen können, so wäre voraussichtlich die Zahl der Fürsten, die nicht erschienen, und die Zahl der Fürsten, welche sich gegen das Reformproject erklärten, so groß geworden, daß die völlige Resultatlosigkeit der Verhandlungen in der ersten Woche Allen offenbar geworden wäre. Denn es hat sich ergeben, daß einen Sonderbund mit Oestreich keine anwesende Regierung wollte, und daß die Unsicherheit über die letzten Entschlüsse Preußens das beste Mittel Oestreichs war, die Fürsten zusammenzuhalten.

Das Schreiben des Königs Wilhelm vom 4. August sprach sich anerkennend für Bundesreformen, sogar für den Plan eines Fürstencongresses und über die Wahl Frankfurts aus, und die Meinungsverschiedenheit lief nur darauf hinaus, daß Preußen vorausgehende Ministerialconferenzen für wünschenswerth hielt. Aus dem Ton des Schriftstücks war eher eine, wenn auch widerwillige Geneigtheit zum Anschluß, als eine entschiedene Ablehnung zu sehen. Ja noch auf das zweite Gesuch der Fürsten und die Reise des Königs von Sachsen erfolgte eine zweite Erklärung, welche mehr gute Wünsche als entschlossenen Widerstand ausdrückte und Oestreich die Möglichkeit gab, eine sofortige Berathung der einzelnen Paragraphen durchzusetzen.

Mit dieser Sprache der Majestät von Preußen standen allerdings in unvereinbarem Gegensatz die Ausdrücke, in denen Herr v. Bismarck während des Fürstencongresses seine Abneigung dagegen aussprach.

Das Resultat dieses Verhaltens war natürlich ein für Preußen sehr ungünstiges. Auch die Fürsten, welche, gleichviel aus welchem Grunde, die Neigung oder den Zwang empfunden hätten, auf den Willen Preußens Rücksicht zu nehmen, sahen mit Erstaunen, daß im entscheidenden Momente dort Wille und Entschluß nicht erkennbar war. Daß der Plan Oestreichs gegen Preußen gerichtet war, erkannte Jeder. Aber Wenige hatten Lust, sich durch Widerstreben zu compromittiren, da ganz unberechenbar erschien, ob Preußen sich doch nicht zuletzt fügen oder eingehende Bedingungen stellen werde. Aber dies Nichtvorhandensein eines preussischen Willens trat während des Fürstencongresses noch in einer andern unerhörten Weise zu Tage.

Wo war während der verhängnißvollen Tage von Frankfurt Herr v. Sydow? Wo waren die preussischen Diplomaten und Agenten, welche in persönlichem Verkehr mit den anwesenden Fürsten und ihren Ministern die Ueberzeugungen und Forderungen ihrer Regierung geltend zu machen wußten? — Hat es je in der letzten Generation einen Ort und eine Zusammenkunft gegeben, welche so dringend das eifrigste stille Arbeiten vertrauter Agenten nothwendig machte? Und doch während der langen Tage war von einer Thätigkeit

der preussischen Regierung auf dem Congresse selbst nicht das Mindeste zu merken. Die Fürsten und ihre Minister suchten zuletzt in den Zeitungen nach, um die Stimmung in Preußen und die möglichen Entschlüsse der preussischen Regierung zu erkennen.

Wahrlich, wenn man zur Zeit Friedrich des Großen und Herzbergs, ja noch in der keineswegs geschäftlicheren Zeit Hardenbergs einem preussischen Staatsmann vorausgesagt hätte, daß eine solche diplomatische Mondfinsterniß in Preußen jemals eintreten werde, sie hätten dergleichen Prophezeihung als unmöglich verlacht.

Endlich jetzt, nachdem der Fürstencongreß verlaufen ist, gewinnt die Entrüstung bei der preussischen Regierung einen Ausdruck, der ebenso auffällt, als das frühere Unterlassen des Nothwendigen. Das Staatsministerium spricht die Hoffnung aus, daß man in Preußen durch Auflösung des Abgeordnetenhauses der Regierung geneigte Wahlen erhalten werde, weil die Machtstellung Preußens durch Bestrebungen auf dem Gebiet der deutschen Bundesverfassung bedroht sei, und weil der Preuße die Beeinträchtigung der Würde Preußens nicht dulden werde.

Allerdings ist anzunehmen, daß die Preußen in den Tagen des August sehr schmerzlich die Gefahren empfanden, welche dem preussischen Staate von Außen drohen. Aber die Preußen sind ein reflectirendes Volk, um so mehr auf ihre eigenen stillen Gedanken angewiesen, da ihre Presse verhindert ist, laut für sie zu sprechen. Und wir fürchten, sie werden auch über die letzte Ursache der gegenwärtigen Gefahren ihre Betrachtungen anstellen. Und sie werden sich fragen, wie war es möglich, daß wir Schritt für Schritt so weit heruntergekommen sind? Daß man einen neuen Bund in Deutschland ohne Preußen zu beschließen wagt? und daß während dieser Bund verabredet wird, die preussische Regierung in Frankfurt ebenso schweigsam und machtlos ist wie Lippe-Deimold? Und wir fürchten sehr, daß bei solcher Betrachtung seiner gegenwärtigen Lage das preussische Volk auch noch andere Fragen aufwerfen wird, welche die Regierung nahe angehen, und auf welche das neue Haus der Abgeordneten eine Antwort zu geben entschlossen sein wird.

Unterdeß sinnen wir als gute Preußen darüber nach, wie das Ministerium zu der Hoffnung kommen konnte, neue Wahlen würden für die Regierung günstiger ausfallen als die alten. Und wir können die Meinung nicht zurückhalten, daß Herr von Bismarck selbst nicht an bessere Wahlen glaubt, und daß er diesen Versuch nur macht, um dem Könige den Beweis zu führen, daß ohne ein octroyirtes Wahlgesetz keine Besserung der preussischen Zustände zu hoffen sei. Aber die Appellation des Staatsministeriums an den Patriotismus der Preußen ist auch nicht allein für das preussische Volk, sie ist ebenso sehr gegen Oestreich und für Frankreich geschrieben. Aus den feudalen Blättern ist zu

erkennen, wie kriegerisch diese Partei jetzt empfindet. Und es ist vorauszusehen, daß ihr Kriegsfeuer bis zu dem alten bewährten Mittel kühner Politik und rühmlicher Erfolge, bis zum Versuch einer Mobilmachung aufslackern wird.

Aber der Rath der Fürsten und die Gedanken ihrer Rathgeber sind es nicht mehr allein, welche über die letzten Schicksale eines tüchtigen Volkes entscheiden. Und niemals mehr als jetzt ruhte Hoffnung, Vertrauen, Ehre und Stolz eines deutschen Staates in der Wahlurne, zu welcher die Einzelnen ihre Stimmzettel tragen.

Statistik der Verwarnungen.

Actenstücke zur neuesten Geschichte Preussens, 1863. I. Verwarnungen. Erstes Heft. Juni und Juli. Berlin, Verlag von J. Springer, 1863.

Enthält zunächst den Antrag des Staatsministeriums auf Erlass der Verordnung vom 1. Juni, dann diese Verordnung selbst und hierauf die achtzig Verwarnungen, welche bis Ende Juli von den verschiedenen Regierungspräsidien ertheilt wurden, und ist als sehr nützlichcs Unternehmen bestens zu empfehlen. Diese Verwarnungen, unter denen sich mehre sehr anmuthig zu lesende finden, sind gesammelt das beste Bild des gegenwärtigen Preußen, sie sind, wenn wir an die Zukunft denken, Gedeksprüche, mit denen die betreffenden Behörden sich der preussischen Pressfreiheit ins Stammbuch geschrieben haben. In der Provinz Preußen haben bis zum 31. Juli 21 Verwarnungen stattgefunden, darunter 5 zweite, 1 dritte und 1 vierte; die Provinz Posen hatte bis dahin 6 Verwarnungen aufzuweisen, darunter 1 zweite; Pommern 7, darunter ebenfalls 1 zweite; Brandenburg 20, darunter 3 zweite; Schlessen 12, darunter 1 zweite; Sachsen 5; Westphalen 4, darunter 1 zweite; die Rheinprovinz endlich 5. Die meisten Verwarnungen waren bis dahin vom Polizeipräsidium in Berlin ertheilt worden (14). Die übrigen Bezirke waren in folgender absteigender Reihenfolge bedacht worden: die Regierungsbezirke Königsberg und Breslau mit je 7, die Regierungsbezirke Gumbinnen, Marienwerder und Stettin mit je 6, Posen, Frankfurt und Liegnitz mit je 5, Danzig, Magdeburg, Merseburg, Arnsherg, Düsseldorf und Coblenz mit je 2, Bromberg, Cöslin, Potsdam, Erfurt, Minden und Trier mit je 1 Verwarnung. Noch nicht gesündigt hatten, und noch jungfräulich waren daher (natürlich die Blätter, nicht die Regierungspräsidien von) Stralsund, Oppeln, Münster, Cöln (seitdem auch in Versuchung gefallen und unterlegen) und Aachen. — Wir fügen hinzu, daß der August den Berlinern und den Angehörigen des Regierungsbezirks Liegnitz je 2 neue Verwarnungen, ersteren 1 erste und 1 zweite gebracht hat, und daß bis Ende dieses Monats außerdem noch in den Regierungsbezirken Elbing, Breslau, Merseburg, Frankfurt, Magdeburg und Cöln je eine Verwarnung hinzugekommen war, so daß bis zum 31. August im Ganzen 90 Verwarnungen ertheilt waren. — Der September wies bis jetzt (den 8.) 2 Verwarnungen auf, darunter eine zweite der Berl. Allg. Zeitung.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von C. E. Elbert in Leipzig.